

A11 Ungeteilte Internationale Solidarität – Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 15. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Präambel / Einleitung

2 Als GRÜNE JUGEND Berlin stehen wir für linke, international solidarische,
3 queerfeministische und kapitalismuskritische Politik, die Unterdrückung in all
4 ihren Formen bekämpft. Wir erkennen intersektionale Diskriminierung und
5 Unterdrückung an und verstehen entsprechend unsere Solidarität als übergreifend.
6 Phänomene wie Rassismus, Kolonialismus, Patriarchat und Kapitalismus
7 unterstützen und verstärken sich gegenseitig und sind nicht getrennt voneinander
8 zu betrachten. Als GRÜNE JUGEND Berlin verpflichten wir uns dazu, uns auf die
9 Seite aller unterdrückten und leidtragenden Menschen zu stellen und unsere
10 Solidarität nicht selektiv auszuüben.

11 Wir erkennen unsere bisherigen Versäumnisse im Umgang mit und der Thematisierung
12 der andauernden Ungerechtigkeiten in Gaza und im Westjordanland an. Wir bieten
13 Bildungsangebote und Aufarbeitung der bisherigen Politik zu Israel und Palästina
14 an. In diesem Kontext stellt dieser Antrag eine neue Beschlusslage für
15 ungeteilte Solidarität mit allen Leidtragenden im Israel-Palästina-Konflikt dar,
16 auch wenn der Begriff Israel-Palästina-Konflikt ein Konflikt auf Augenhöhe
17 suggeriert.-

18 Wir nutzen den Begriff Nahostkonflikt aufgrund seiner eurozentristischen Prägung
19 bewusst nicht.

20 Kontext

21 Der Konflikt zwischen Israel und Palästina und das Leid in Gaza sind das
22 Ergebnis einer jahrzehntelang andauernden ungerechten Geschichte, die sowohl
23 jüdische als auch palästinensische Menschen durch Gewalt, Vertreibung und
24 massives körperliches sowie emotionales Leid tief geprägt hat. Während der
25 Konflikt für viele Menschen in Politik und Gesellschaft in Deutschland erst seit
26 dem 7. Oktober 2023 ein greifbares Phänomen geworden ist, erkennen wir die
27 jahrzehntelange Geschichte und die damit verbundenen Ungerechtigkeiten an. Eine
28 Betrachtung des Konflikts ausschließlich ab dem 7. Oktober 2023 vernachlässigt
29 die Realität der Auseinandersetzungen und stellt eine völlige Verfehlung der
30 notwendigen Kontextualisierung der Ereignisse der letzten 2,5 Jahre dar.

31 Der Terroranschlag der radikal-islamistischen Terrororganisation Hamas am 7.
32 Oktober 2023 war ein abscheuliches Verbrechen, welches wir als GRÜNE JUGEND
33 Berlin aufs Schärfste verurteilen. Am 7. Oktober 2023 wurden die meisten
34 jüdischen Menschen seit dem Holocaust ermordet. Derartige Angriffe auf
35 Zivilpersonen stehen in direktem Widerspruch zu Völker- und Menschenrechten und
36 widersprechen allen Grundsätzen von Menschlichkeit. Der 7. Oktober 2023 stellt
37 eine historische Zäsur dar. Wir erkennen das Leid aller Opfer und Betroffenen
38 an. Ebenso verurteilen wir als GRÜNE JUGEND Berlin steigenden Antisemitismus und
39 Übergriffe auf jüdische Menschen sowie jüdisches Leben, nicht nur hier in
40 Berlin, sondern überall. Wir verpflichten uns dem Kampf gegen Antisemitismus und
41 dem konsequenten Schutz jüdischen Lebens. Besonders in Deutschland tragen wir

42 dafür eine besondere Verantwortung, nicht einmal 100 Jahre nach den
43 schrecklichen Verbrechen der Nationalsozialisten.

44 Jüdischen Menschen wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt, über
45 systematische Diskriminierung und Pogrome hinweg bis hin zur Gipfelung im
46 Holocaust und den Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Jüdische Menschen haben das
47 Recht auf ein sicheres Zuhause und auf einen Staat, in dem sie frei von Angst,
48 selbstbestimmt und dauerhaft geschützt leben können. Dieses Zuhause haben
49 Millionen jüdischer Menschen in Israel gefunden. Das erkennen wir an.

50 Zugleich erkennen wir an, dass mit der Staatsgründung Israels 1948 massive
51 Verbrechen und Ungerechtigkeiten gegenüber der palästinensischen Bevölkerung
52 einhergingen. Von der Nakba (arabisch für „Katastrophe“) 1947-49 waren rund
53 700.000 arabischstämmige Palästinenser*innen durch Flucht, Vertreibung und
54 Entrechtung unmittelbar betroffen. Die Nakba bedeutete in weiterem Sinne auch
55 die Zerstörung von Gesellschaft, Kultur und palästinensischer Identität. Die
56 palästinensische Bevölkerung wurde auch bereits vor 1948 zum Opfer von
57 Unterdrückung und geopolitischen Interessen westlicher Mächte, ausgedrückt
58 beispielsweise in der Balfour-Deklaration von 1917, in welcher die britische
59 Regierung der zionistischen Bewegung eine „nationale Heimstätte“ für das
60 jüdische Volk in Palästina zusicherte.

61 Wir stehen fest an der Seite jüdischer Menschen im Kampf gegen Antisemitismus.
62 Wir erkennen ihr Recht auf einen sicheren Staat sowie das völkerrechtlich
63 festgeschriebene Recht eines Staates auf Selbstverteidigung an. Dieses Recht
64 gilt jedoch nicht als Freibrief für das Vorgehen der in Teilen rechtsextremen
65 israelischen Regierung im Gazastreifen seit 2023, das weit über Selbstschutz
66 hinausgeht, außer jedem Verhältnis steht und in klar erkennbaren genozidalen
67 Taktiken massives Leid über die Bevölkerung in Gaza bringt.

68 Wir stellen uns ausdrücklich gegen die Gleichsetzung von Antisemitismus mit
69 Kritik an der israelischen Regierung, auch systemische und solche, die über das
70 Staatshandeln seit 2023 hinaus geht. Während Antisemitismus durchaus einer der
71 Gründe für solche Kritik sein kann, ist es eine falsche Schlussfolgerung, diese
72 Phänomene kategorisch als gleich zu betrachten. Positionen, die jüdischer
73 Selbstbestimmung grundsätzlich die Legitimität absprechen oder Israel als Staat
74 per se delegitimieren, lehnen wir ab. Die Pauschalisierung dieses komplexen und
75 kontrastreichen Diskurses durch eine solche Gleichsetzung verzerrt die Realität.
76 Palästinenser*innen sowie palästinasolidarische Menschen werden zu oft
77 kategorisch unter Generalverdacht gestellt. Ihnen wird somit die Legitimation
78 ihrer Argumente auf unsachliche Weise entzogen.

79
80 Die Hamas regiert als Terrororganisation über die Zivilbevölkerung in Gaza. Als
81 islamistische Terrororganisation geht sie aktiv gegen marginalisierte Gruppen
82 wie FLINTA*-Personen und queere Personen vor. In Gaza gibt es keine
83 demokratischen Wahlen oder Möglichkeit der Menschen in Gaza, zu bestimmen, wie
84 sie regiert werden wollen. Als queerfeministischer Verband stehen wir
85 solidarisch an der Seite der Menschen, die sich in Gaza gegen die Hamas stellen.

86 Der Genozid in Gaza

87 In Gaza sind seit 2023 mindestens 70.000 Menschen (laut einer Studie des Max-
88 Planck-Instituts wahrscheinlich sogar über 100.000 Menschen) ermordet worden.
89 Diese Zahl ist Ende Januar 2026 auch offiziell von Israel bestätigt worden.

90 Millionen Menschen sind wiederholt vertrieben worden, hunderttausende verletzt.
91 Die Bevölkerung war Opfer gezielter Hungerkampagnen durch die systematische
92 Blockade von Hilfslieferungen, das Gesundheitssystem ist in weiten Teilen
93 kollabiert. Die Blockade von Hilfslieferungen, wahllose und willkürliche
94 Bombardierungen nicht-militärischer Ziele, die Ausnutzung von Hunger als Waffe
95 sowie die militärische Kollektivbestrafung der über 2 Millionen Einwohner*innen
96 Gazas sind eklatante Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht. Besonders
97 kritisieren wir den Einsatz von Software wie Palantir, die automatisiert
98 Personen- und Bewegungsdaten analysiert und somit menschliche Kontrolle und
99 Entscheidungsprozesse reduziert.

100 Unterschiedliche Berichte von UN-Gremien und Menschenrechtsorganisationen wie
101 Amnesty International, Human Rights Watch und B'Tselem weisen auf genozidale
102 Merkmale der Kriegsführung und systematische Kriegsverbrechen hin. B'Tselem, die
103 größte Menschenrechtsorganisation Israels, hat im Juli 2025 einen Bericht unter
104 dem Titel „Our Genocide“ veröffentlicht. Der Bericht spricht von einem
105 Politikwechsel der israelischen Regierung gegenüber Palästinenser*innen nach dem
106 7. Oktober, von Massentötungen und der Erzeugung lebensunwürdiger Umstände im
107 Gazastreifen, ernsthaftem körperlichem und seelischem Schaden einer ganzen
108 Bevölkerung, systematischer Zerstörung von essenzieller Infrastruktur,
109 Zwangsvertreibungen sowie ethnischer Säuberung. Weiterhin wirft der Bericht der
110 israelischen Regierung Massenverhaftungen, Missbrauch von palästinensischen
111 Häftlingen in israelischen Gefängnissen, Zerstörung von palästinensischer
112 Gesellschaft, Kultur und Bildung sowie einen Angriff auf die palästinensische
113 Identität durch die absichtliche Zerstörung von Flüchtlingslagern und
114 Untergrabung der Arbeit des Hilfswerks der Vereinten Nationen für
115 palästinensische Flüchtlinge UNRWA vor.

116 Die Betrachtung des israelischen Vorgehens im Gazastreifen sowie rassistischer
117 und genozidaler Aussagen israelischer Regierungsmitglieder führen für B'Tselem,
118 wie auch für andere Menschenrechtsorganisationen, zum Schluss, dass Israel im
119 Gazastreifen einen Genozid begeht. Das Vorgehen der israelischen Armee im
120 Gazastreifen erfüllt auch nach Einschätzung der UN-Sonderberichterstatterin
121 Francesca Albanese zentrale Kriterien der Genozid-Konvention: systematische
122 Tötung, Massenvertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen Infrastruktur,
123 bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die Blockade humanitärer
124 Hilfe. Diese Schlussfolgerung erkennen wir als GRÜNE JUGEND Berlin an. Auch
125 Genozidforscher*innen, z.B. vertreten durch die International Association of
126 Genocide Scholars, teilen diese Einschätzung und fordern die internationale
127 Gemeinschaft dazu auf, ihren damit verbundenen völkerrechtlichen Pflichten
128 nachzukommen. Dazu gehört auch die konsequente Umsetzung der Haftbefehle des
129 Internationalen Strafgerichtshofs gegen den israelischen Ministerpräsidenten
130 Benjamin Netanjahu und den ehemaligen israelischen Verteidigungsminister Yoav
131 Gallant.

132 Den seit 2023 andauernden Genozid in Gaza erkennen wir als historische
133 Kontinuität einer andauernden Geschichte von Unterdrückung, Vertreibung,
134 Besetzung und Gewalt gegenüber palästinensischen Menschen durch israelische
135 Regierungen und extremistische Siedler*innen an.

136 Eine Fremdherrschaft über Gaza lehnen wir als GRÜNE JUGEND Berlin konsequent ab.
137 Nur Palästinenser*innen sollten über die Zukunft Gazas entscheiden. Als GRÜNE
138 JUGEND Berlin stehen wir zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen. Den

139 sogenannten „Trump Plan“, wie auch das „Board of Peace“, lehnen wir entschieden
140 ab. Statt gerechten Frieden zu schaffen, legitimiert dieser Plan die
141 fortschreitende Kolonialisierung palästinensischen Landes, verfestigt bestehende
142 Machtasymmetrien und untergräbt Bemühungen für wirklichen und gerechten Frieden.

143 Die Situation im Westjordanland

144 Die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland leidet seit Jahrzehnten unter
145 Besatzung, Enteignung, Vertreibung und systematischer Diskriminierung durch die
146 israelische Regierung und extremistische Siedler*innen. Seit dem Sechstagekrieg
147 1967 ist das Westjordanland völkerrechtswidrig von Israel besetzt. Die
148 gewaltsame Ausweitung der israelischen Siedlungen hat wiederholt gegen
149 internationale Abkommen verstoßen und stellt einen eklatanten Bruch des
150 Völkerrechts dar (die vierte Genfer Konvention verbietet unter anderem das
151 Umsiedeln der eigenen Bevölkerung in besetzte Gebiete). Ganze palästinensische
152 Gemeinden im Westjordanland sind zerstört worden, tausende Menschen wurden
153 vertrieben und in Flüchtlingslager in Städten wie Hebron oder Ramallah
154 gepfercht. Über 1.000 Menschen sind allein seit dem 7. Oktober 2023 im
155 Westjordanland getötet worden, über 10.000 Menschen verletzt. Palästinensische
156 Menschen werden wiederholt Opfer von gewaltsamen Übergriffen sowohl durch das
157 israelische Militär als auch durch Siedler*innen.

158 Selbstbestimmung und Bewegungsfreiheit von Palästinenser*innen im Westjordanland
159 sind durch hohe israelische Militärpräsenz, Checkpoints und israelische
160 Siedlungen stark beschränkt. Die palästinensische Bevölkerung ist dem Militär- &
161 Besatzungsrecht der israelischen Regierung ausgesetzt und wird in ihren
162 fundamentalsten Freiheiten massiv eingeschränkt. Verbunden mit der
163 Staatenlosigkeit vieler palästinensischer Menschen sind eklatante Beschränkungen
164 fundamentaler Grundrechte, die israelische Staatsbürger*innen genießen,
165 beispielsweise Auslandsreisen, Migration, Familiennachzug, nationales Wahlrecht,
166 politische Teilhabe, aber auch simple Bewegungsfreiheit innerhalb des
167 Westjordanlands. Palästinenser*innen mit israelischer Staatsbürgerschaft
168 genießen auf dem Papier zwar die gleichen Rechte wie jüdische Israelis, sind
169 aber trotzdem systematischer Diskriminierung und struktureller Benachteiligung
170 ausgesetzt.

171 In ihrem Bericht „A Threshold Crossed“ stellte die Menschenrechtsorganisation
172 Human Rights Watch bereits 2021 fest, dass Israels Behörden sich der Apartheid
173 und der Verfolgung aufgrund von rassistischen, politischen und religiösen
174 Motiven schuldig machen (beides davon klassifiziert als Verbrechen gegen die
175 Menschlichkeit). Human Rights Watch spricht von einer übergreifenden
176 israelischen Regierungspolitik, die seit mehr als einem halben Jahrhundert
177 methodisch eine der beiden Bevölkerungsgruppen, die auf dem Land zwischen dem
178 Mittelmeer und dem Jordan leben, privilegiert. Gleichzeitig weisen die
179 israelischen Behörden laut dem Bericht der anderen Gruppe, den
180 Palästinenser*innen, minderwertige Rechte zu und diskriminieren sie
181 systematisch. Am stärksten betroffen sind davon die Menschen in den besetzten
182 Gebieten. Human Rights Watch kommt zu dem Schluss, dass die israelische
183 Regierung eine Politik verfolgt, „die darauf abzielt, das, was sie offen als
184 demografische Bedrohung durch Palästinenser bezeichnen, abzuschwächen und das
185 verfügbare Land für jüdische Gemeinden zu maximieren, während die meisten
186 Palästinenser in dichte Enklaven konzentriert werden“. Human Rights Watch
187 verweist auch auf eklatante Völkerrechtsbrüche durch die Abriegelung des

188 Gazastreifens und das „diskriminierende System von Zugangserlaubnissen“ im
189 Westjordanland sowie die Beschlagnahmung palästinensischen Landes im
190 Westjordanland. Auch Amnesty International kommt in einem ausführlichen Bericht
191 zum Schluss, dass durch die israelische Regierung begangene Rechtsverletzungen
192 den Tatbestand der Apartheid erfüllen.

193 Für die andauernde Gewalt, Entrechtung, Vertreibung, Enteignung und Annexion im
194 Westjordanland braucht es konkrete Konsequenzen. Dazu gehören strafrechtliche
195 Verfolgung der politisch und militärisch Verantwortlichen sowie Sanktionen gegen
196 am völkerrechtswidrigen Siedlungsbau beteiligte Institutionen, Unternehmen,
197 Organisationen und natürliche Personen. Sämtliche illegale Siedlungen im
198 Westjordanland einschließlich Ostjerusalem müssen rückgebaut, annektiertes
199 Gebiet zurückgegeben und Reparationen an die vertriebenen und entrechteten
200 Palästinenser*innen gezahlt und ein uneingeschränktes Rückkehrrecht geschaffen
201 werden.

202 Völkerrechtsverstöße gegen palästinensische Gefangene in israelischen
203 Gefängnissen

204 Die Situation palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen ist
205 erschütternd. Ein großer Teil palästinensischer Häftlinge wird seit Jahrzehnten
206 in Gefängnissen innerhalb Israels festgehalten. Nach herrschender
207 völkerrechtlicher Auffassung stellt dies einen Verstoß gegen Art. 76 der IV.
208 Genfer Konvention dar, nach welchem geschützte Personen in besetztem Gebiet
209 gefangen gehalten werden müssen und dort ihre Strafe verbüßen sollen. Berichten
210 von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder B'Tselem zufolge
211 wurden tausende Palästinenser*innen seit dem 7. Oktober 2023 festgenommen. Im
212 Oktober 2024 waren über 9.000 Palästinenser*innen in Haft in israelischen
213 Gefängnissen. Fast die Hälfte der Häftlinge wurde in „Administrativhaft“
214 genommen, ohne Prozess und ohne Verteidigung.

215 Amnesty International berichtet von körperlichen Misshandlungen in den
216 Gefängnissen, massiven Einschränkungen von familiärem und rechtlichem Besuch,
217 stark begrenztem Zugang zu Strom oder Wasser, Hunger sowie Schließungen von
218 Krankenstationen. Im Bericht „Welcome to Hell“ beschreibt B'Tselem basierend auf
219 Berichten von palästinensischen Häftlingen psychologische und physische
220 Misshandlung, Gewalt, bewaffnete Übergriffe auf Gefangene, Verwehrung von
221 notwendiger medizinischer Versorgung, Aushungerung, sexuelle Übergriffe und
222 Vergewaltigungen. Laut B'Tselem zeichnen die Berichte ein klares Bild von
223 systematischem und institutionalisiertem Missbrauch und Folter palästinensischer
224 Gefangener. Auch ein Bericht der unabhängigen Kommission für Menschenrechte ICHR
225 beschreibt sexuelle Übergriffe, Folter und unmenschliche Behandlung
226 palästinensischer Häftlinge. Als GRÜNE JUGEND Berlin verurteilen wir diese
227 massiven Rechtsverletzungen aufs Schärfste und fordern Aufklärung sowie
228 strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen und internationale
229 Sanktionierung.

230 Deutsche und Europäische Verantwortung

231 Wir blicken auf eine lange Geschichte von imperialen europäischen Interessen in
232 diesem Gebiet. Wir blicken aber auch auf europäisches Interesse in aktuellen
233 Zeiten. Geostrategischer Einfluss ist heute wie gestern eng mit dem Suezkanal
234 verknüpft, denn wir wissen: Handel bedeutet Macht, ebenso wie der Zugang zu Öl
235 und Gas, migrationspolitische externalisierende Abkommen, Rüstungsexporte und

sicherheitspolitische Interessen. Wir verurteilen die postkoloniale Ausnutzung durch Europa. Deutschlands diplomatische Beziehungen zu Israel waren und sind von der historischen Verantwortung für die Shoa geprägt. Verantwortung bedeutet jedoch nicht bedingungslose Solidarität. Kritisch sehen wir in diesem Kontext die Instrumentalisierung des Begriffes der Staatsräson, welche zunehmend zur Delegitimierung jedweder Kritik am Vorgehen in Gaza genutzt wird. Ein Interesse Deutschlands an der Sicherheit Israels und des Schutz jeden jüdischen Lebens muss stets mit einem klaren Bekenntnis zu universellen Menschenrechten und dem Völkerrecht im Einklang stehen.

Deutschland trägt am Genozid in Gaza und der Vertreibung und Entrechtung der Palästinenser*innen im Westjordanland aktive Mitschuld. Wir als Grüne Jugend Berlin stellen uns explizit gegen Waffenexporte nach Israel. Wir verurteilen diese zutiefst. Zudem bestürzt uns, dass nach der Ankündigung von Merz im September, keine Einzelausfuhrgenehmigungen nach Israel mehr zu erteilen, bereits beschlossene weitergeliefert wurden, und auch die Genehmigungen zwei Monate später wieder erteilt wurden.

Als Südafrika mit dem Vorwurf des Genozids gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof klagte, stellte sich Deutschland gegen die Klage und vor Israel. Wir befürworten ausdrücklich eine Klage vor dem IGH und sprechen uns für eine schnelle und unabhängige Untersuchung aus. Deutschland muss aufhören, Staaten, die aufgrund von legitimen Genozidvorwürfen angeklagt werden, diplomatische Rückendeckung zu geben.

Kriminalisierung von Palästinasolidarität, internationale Solidarität

In Deutschland, ganz besonders in Berlin, haben wir eine beunruhigende Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen erlebt. Demonstrationsverbote, unverhältnismäßige Kontrollen und körperliche Übergriffe sowie Polizeigewalt gegenüber Demonstrierenden und Aktivist*innen tragen zu einer gezielten Einschüchterung und Unterdrückung palästinasolidarischer Stimmen bei. Diese Repressionen treffen häufig bereits marginalisierte Menschen. Das politische Schweigen und die pauschalisierende Verschmähung palästinasolidarischer Stimmen verschärfen bereits bestehende Machtasymmetrien.

Als GRÜNE JUGEND Berlin verurteilen wir Antisemitismus und die Verherrlichung von radikal fundamentalistischem Islamismus. Wir solidarisieren uns nicht pauschal mit allen Akteur*innen. Antisemitische Positionen sind in Teilen des pro-palästinensischen Spektrums verbreitet, weil Kritik an der israelischen Regierung und der Besatzung zu häufig in eine kollektive Zuschreibung an „die Juden“ und damit in verschwörungsideologische Bilder und israelbezogenen Antisemitismus kippt; genau diese Entgrenzung ist für uns eine rote Linie.

Wir lehnen aber auch die Pauschalisierung, Vorverurteilung und Repression von Palästinasolidarität in Deutschland sowie international strikt ab. Die klare Unterscheidung von Antisemitismus und Kritik an der israelischen Regierung ist politisch und für die Schaffung eines gerechten Diskurses absolut essenziell.

Die Solidarität der GRÜNEN JUGEND Berlin gilt allen Menschen, die unter Unterdrückung leiden und gegen ungerechte Systeme kämpfen. Dazu gehören auch die Menschen im Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo, in der Ukraine und in Rojava, die seit Jahren und Jahrzehnten bewaffneten Konflikten, genozidaler

282 Kriegsführung, Vertreibung, ethnischer Säuberung und Repressionen ausgesetzt
283 sind.

284 Verantwortung der grünen Partei

285 Palästinasolidarische Stimmen sind innerhalb der grünen Partei zu lange klein
286 gehalten und ausgegrenzt worden. Die häufig einseitigen und pauschalisierenden
287 Diskussionen und Statements von Mitgliedern und Mandatsträger*innen der grünen
288 Partei sahen und sehen wir kritisch. Aus basisdemokratischer Sicht sehen wir es
289 kritisch, dass statt mit breiten Bildungsangeboten und einem parteiöffentlichen
290 Prozess, die Debatte in einen Arbeitskreis ausgelagert wurde. Wir erkennen die
291 dadurch entstandene psychische Belastung für Parteimitglieder sowie für
292 persönlich Betroffene an. Es fehlt noch immer an Aufarbeitung, an
293 Bildungsarbeit, an offenen Debattenräumen, an Reflexion und an Kritikfähigkeit.

294 Mit ihrem Selbstverständnis als Menschenrechtspartei begibt sich die grüne
295 Partei in eine eindeutige Verantwortung gegenüber internationalem Recht. In der
296 zu häufig und zu lange uneingeschränkten Solidarität gegenüber Israel ist sie
297 ihren eigenen Ansprüchen dahingehend nicht gerecht geworden. Wir vergessen
298 nicht, wessen Jugendpartei wir sind. Aber wir vergessen auch nicht, welche
299 Partei in Regierungsverantwortung allein 2023 und 2024 Waffenexporte an Israel
300 im Wert von über 400 Millionen Euro mit genehmigt hat, trotz den dokumentierten
301 Verbrechen im Gazastreifen und trotz der Genozidvorwürfe gegen Israel. Dies
302 steht klar im Gegensatz zum Selbstverständnis als Menschenrechtspartei.

303 Solidarität darf niemals selektiv ausgeübt werden. Wir fordern die grüne Partei
304 dazu auf, sich konsequent an der Seite unterdrückter Menschen zu positionieren,
305 sich zum Völkerrecht zu bekennen und diesem Bekenntnis politische Taten folgen
306 zu lassen. Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit der teils
307 bedingungslosen Unterstützung für Israel und eine Aufarbeitung des häufig
308 einseitigen, pauschalisierenden und diskriminierenden Umgangs mit
309 Palästinasolidarität innerhalb der eigenen Partei. Wir fordern die Grünen dazu
310 auf, anzuerkennen, dass Israels Vorgehen im Gazastreifen laut verschiedenen
311 Menschenrechtsorganisationen und UN-Gremien zentrale Tatbestände der Genozid-
312 Konvention erfüllt. Verbunden damit ist eine politische Verantwortung dafür,
313 Waffenexporte nach Israel einzustellen und sich für Sanktionierung und
314 strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen einzusetzen.

315 Lebensrealität von Berliner*innen

316 In Berlin leben große palästinensische, arabische und jüdische Communities, hier
317 trauern Menschen um Angehörige, erleben Rassismus, Polizeigewalt und
318 Diffamierung und antisemitische Bedrohung & Gewalt. Eine klare
319 Solidaritätsposition in Berlin bedeutet deshalb, die Perspektiven der
320 Betroffenen im eigenen Kiez ernst zu nehmen, an der Seite derjenigen zu stehen,
321 die für ein Ende der Gewalt, für gleiche Rechte und für ein Leben in Sicherheit
322 eintreten, und ihnen Schutz vor staatlicher und gesellschaftlicher Repression
323 zuzusichern. Sie ist zugleich eine Absage an jede Form von Antisemitismus,
324 antimuslimischem Rassismus und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,
325 und verbindet Antikriegs-, Antirassismus- und Sozialpolitik: Wer hier für
326 bezahlbaren Wohnraum, gegen Armut und für demokratische Freiheitsrechte kämpft,
327 kann nicht schweigen, wenn dieselben Menschen wegen ihrer Solidarität mit
328 Palästina überwacht, kriminalisiert und aus dem öffentlichen Raum gedrängt

329 werden oder Jüdinnen*Juden sich wegen der konstanten Bedrohung im öffentlichen
330 Raum nicht mehr sicher fühlen.

331 Forderungen

332 Wir wollen die Unsicherheit, Lähmung und Angst bezogen auf Israel und Palästina
333 in unserem Verband beenden und uns deutlich an der Seite des Völkerrechts und
334 aller unterdrückten Menschen positionieren. Wir erkennen die eklatanten
335 Versäumnisse unseres Verbandes und der grünen Partei in Bezug auf Palästina in
336 den letzten zwei Jahren hiermit an.

337 Die GRÜNE JUGEND Berlin erkennt an:

338 • Das israelische Vorgehen im Gazastreifen ist nach Einordnung verschiedener
339 Menschenrechtsorganisationen und UN-Gremien ein Genozid.

340 • Die gewaltsame Besatzungs- und Blockadepolitik der israelischen Regierung,
341 inklusive des Siedlungsbaus im Westjordanland, ist Ausdruck
342 siedlerkolonialer und rassistischer Gewalt und stellt von
343 unterschiedlichen Gremien und Menschenrechtsorganisationen eingeordnete
344 eklatante Menschen- und Völkerrechtsverletzungen dar.

345 • Kritik an Völkerrechtsbrüchen, Besatzung, Blockaden, dem Genozid, der
346 Siedlungspolitik und an der israelischen Regierung ist nicht
347 antisemitisch.

348 • Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und alle anderen Formen von
349 Diskriminierung und struktureller Gewalt bekämpfen wir entschieden.

350 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert:

351 • Die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch die deutsche
352 Bundesregierung.

353 • Den Rückbau der illegalen Siedlungen im Westjordanland sowie
354 Reparationszahlungen an die vertriebenen Palästinenser*innen.

355 • Strafrechtliche Verfolgung sowie politische und wirtschaftliche
356 Sanktionierung durch die Bundesregierung und die EU von für Völker- und

357 Menschenrechtsverstöße verantwortlichen Institutionen, Organisationen,
358 Unternehmen und natürlichen Personen.

- 359 • Sofortigen, dauerhaften Waffenstillstand und Ende aller militärischen
360 Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Einrichtungen im Gazastreifen sowie
361 im Westjordanland.

- 362 • Einen gerechten Friedensprozess, der das Recht auf palästinensische
363 Selbstbestimmung vollumfänglich umsetzt. Außerdem die vollständige
364 Umsetzung dieses Rechts auch außerhalb dieses Prozesses.

- 365 • Den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen und militärischer
366 Unterstützung für Israel durch Deutschland und die EU.

- 367 • Uneingeschränkten, sicheren und dauerhaften Zugang humanitärer Hilfe nach
368 Gaza sowie die Aufhebung der Blockade, insbesondere von Nahrungsmitteln,
369 Medikamenten und Brennstoff.

- 370 • Konsequente Umsetzung der Haftbefehle des Internationalen
371 Strafgerichtshofs und die Einhaltung der Genozid-Konvention und
372 völkerrechtlicher Pflichten durch die internationale Gemeinschaft.

- 373 • Stärkung und Schutz zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und
374 Menschenrechtsorganisationen auf beiden Seiten, die für Frieden,
375 Gerechtigkeit und Menschenrechte eintreten.

- 376 • Unterstützung der zivilgesellschaftlichen und politischen Opposition in
377 Israel durch die Bundesregierung.

- 378 • Einführung eines Aufnahmeprogramms für besonders schutzbedürftige Menschen
379 aus Gaza in Berlin und Deutschland, insbesondere Kinder, Verletzte und
380 Traumatisierte.

- 381 • Die regelmäßige Schaffung offener Debattenräume innerhalb unseres
382 Verbandes.

- 383 • Ungeteilte, internationale, antikoloniale, queerfeministische und
384 kapitalismuskritische Solidarität von linken und progressiven
385 gesellschaftlichen und politischen Kräften mit allen Unterdrückten.